



Sundar Pichai
Republikaner kritisieren
den Google-Chef
WIRTSCHAFT 9



Yves Kaiser
Der FCB-Verteidiger kommt direkt
vom Militär zu seinem Liga-Debüt
SPORT 17

Guy Morin
Der frühere Regierungspräsident
zieht Nationalratskandidatur zurück
BASEL-STADT 21

Der Bund nutzt zu wenig Mittel gegen die Wohnungsnot

Dichte Ein Bericht zeigt, was auf Landesebene möglich wäre. Heute berät der Nationalrat

VON BENJAMIN ROSCH

Wie wichtig der Basler Regierung das Anliegen ist, zeigt eine E-Mail von vergangener Montag: Darin ruft der Leiter der Fachstelle Politikvorbereitung den Basler Parlamentariern nochmals in Erinnerung, was die Position des Kantons sei. «Der Kanton Basel-Stadt unterstützt die Aufstockung des Fonds de Roulement» heisst es darin, der

Satz ist extra gefettet. Heute berät der Nationalrat die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen», die den Bund bei der Bekämpfung von Wohnungsnot stärker in die Pflicht nehmen will. Der Bundesrat reagierte darauf mit einem Gegenvorschlag. Er will den Fonds de Roulement mit 250 Millionen speisen, ein Topf zur Unterstützung des genossenschaftlichen Wohnbaus. Für die Basler Regierung wie auch für die kan-

tonale Wirtschaftsdirektorenkonferenz - präsiert vom Basler Christoph Brutschin - «absolutes Minimum». Gefordert hätten sie ursprünglich 380 Millionen. Das Problem knappen Wohnraums möchte der Bund ohnehin eher auf kantonaler Ebene lösen. Das zeigt ein Bericht zuhanden der Wirtschaftskommission. Die Kantone gehen das Problem indes sehr unterschiedlich an, wie Recherchen der bz zeigen.

In Basel-Stadt ist das Thema inzwischen omnipräsent geworden. Gestern wurde bekannt, dass einigen Mietern im Diener-Bau an der Hammerstrasse die Kündigung droht: Das Gebäude «Hammer 1» wird umfassend saniert. Zwar dürfen während der Umbauarbeiten viele Mieter bleiben. Doch danach steigen die Mieten. Der Mieterverband hat seinen Widerstand bereits angekündigt. SEITEN 6, 22

KOMMENTAR

Ein schlechtes Omen für 2019

Und wieder ist ein Gesetz im Nationalrat gescheitert. FDP und SVP haben das CO₂-Gesetz derart verwässert, dass am Schluss von Grünen über SP bis GLP niemand mehr zustimmen wollte. Die SVP nutzte den Unmut für ihre Zwecke und half mit, die Bestimmungen gleich ganz zu versenken. Zwölf Stunden diskutierte der Rat, alles für die Katz. Auch



von Anna Wanner

minime Verbesserungen, um den Ausstoss der Treibhausgase etwas zu verringern, lassen auf sich warten.

Das verkorkste Aktienrecht, bald das überladene Versicherungsvertragsrecht und aktuell das CO₂-Gesetz zeugen von einer Unfähigkeit des Parlaments, tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Dabei ist das Rezept bekannt: Vorlagen müssen austariert sein, um Mehrheiten zu finden. Der Bundesrat hat für die CO₂-Debatte den Kompromiss sogar vorgespürt. Doch FDP und SVP setzten ihre Anliegen mit der Brechstange durch. Wer glaubt, Klimaschutz sei ein Luxus, den wir uns nicht leisten können, hat die grösseren Zusammenhänge dieser Welt nicht verstanden. Die Kosten des Nichtstuns steigen, die Rechnung wird auf die nächste Generation abgewälzt.

Unter dieser Blockade leidet nicht nur die Sache - in diesem Fall das Klima. Auch der Glaubwürdigkeit der Politik ist es abträglich, wenn die Parteien nicht mehr über Inhalte diskutieren, sondern sich lieber gegenseitig die Schuld für das Misslingen einer Reform in die Schuhe schieben. Zwar ist dies ein klares Indiz, dass die Politik in Wahlkampf-Modus umgeschaltet hat. Für 2019, da wichtige Entscheide anstehen, ist dies dennoch ein schlechtes Omen.

@anna.wanner@chmedia.ch

Grosse Kunst

Renée Levi macht überwältigende Bilder: Dafür wird der Basler Künstlerin 2019 der hoch dotierte Genfer Prix de la Société des Arts überreicht. Zuvor, noch in diesem Jahr, kann man eines ihrer Werke im Kunsthaus Baselland erleben, im Rahmen der «Regionale». Wer ist die Frau hinter den grossformatigen Bildern? Wir haben sie in ihrem Atelier besucht. SEITE 39

FOTO: ROLAND SCHMID



Baselland

In Münchenstein wird Sterben billiger

Die Gemeinde Münchenstein streicht die Gebühren von rund 1000 Franken pro Bestattung. Sie setzt damit einen Antrag der SVP um, der als erheblich erklärt worden war. Diesem stellte der Gemeinderat einen Gegenvorschlag zur Seite. Kritik am revidierten Friedhofreglement kam von linker Seite. An der Gemeindeversammlung fiel die Schlussabstimmung zur unentgeltlichen Bestattung mit 90 Ja- gegen 57 Nein-Stimmen klar aus. Nicht nur werden künftig die Bestattungsgebühren erlassen, Münchenstein vergütet den Angehörigen Verstorbener als «symbolischen Unterstützungsbeitrag» 300 bis 500 Franken. Damit befindet sich die Kommune gemäss Gemeinderat René Nusch (SVP) mit den Bestattungskosten im Unterbaselbieter Durchschnitt. SEITE 25

Wachsende Kritik an den Negativzinsen

Geldpolitik Die Nationalbank soll die Zinsen wieder anheben. Das fordern namhafte Wirtschaftsvertreter.

Seit vier Jahren belasten Negativzinsen die Schweizer Wirtschaft. Zwar habe die Massnahme den Franken geschwächt, sagt Banker-Legende Oswald Grübel. Doch die Negativzinsen hätten «grossen Schaden angerichtet bei den Vorsorge-Institutionen und bei dem Gesamtvermögen des Volkes. Es ist weniger gewachsen, als es sonst wäre», sagt der ehemalige Chef der Grossbanken UBS und Credit Suisse. Dieter Widmer, der Chef der Aargauischen Kantonalbank, sagt, dass die Sparer und zukünftigen Rentner «zu-

nehmend unter dem anhaltenden Tiefzinsumfeld leiden» würden.

Als scharfer Kritiker erweist sich der frühere Chefökonom der Nationalbank, Kurt Schiltknecht: Trotz ausgezeichnete Wirtschaftslage unternehme die Nationalbank (SNB) nicht einmal «einen schüchternen Versuch, ihre aufgeblähte Bilanz abzubauen», schrieb er kürzlich in der «NZZ». Unternehmerin Magdalena Martullo-Blocher glaubt nicht an eine Kursänderung. Die SNB definiere ihre Währungspolitik immer relativ zur Politik ausländischer Notenbanken. «Solange die Europäische Notenbank ihre Zinspolitik nicht ändert, wird die Nationalbank dies wohl auch nicht tun.» Die SNB wird morgen Donnerstag bekannt geben, ob sie an Negativzinsen festhalten wird oder nicht. SEITE 2/3

Klima

Nationalrat versenkt das CO₂-Gesetz

Das Scheitern des CO₂-Gesetzes kam gestern nicht überraschend: Die SVP hatte sich von Beginn weg dagegen gestellt. Aus ihrer Sicht sind Massnahmen in der Schweiz aber nur ein «Tropfen auf einen heissen Stein». Die Ratslinke und auch die Mitteparteien wiederum waren mit dem Ergebnis der Beratungen unzufrieden, FDP und SVP haben der Vorlage alle Zähne gezogen. Von Anreizen, den Ausstoss von Treibhausgasen zu reduzieren, blieb nicht mehr viel übrig. So stimmte der Rat mit 92:60 Stimmen bei 43 Enthaltungen in der Gesamtabstimmung dagegen. Der Ständerat beginnt nun von vorne.

KOMMENTAR RECHTS, SEITE 5



INSERAT



LONGINES CSI***** BASEL

SPRINGREITEN. WELTCUP. 10. BIS 13. JANUAR 2019 ST. JAKOBSHALLE csi-basel.ch

ZUM 10-JAHR-JUBILÄUM ERSTMALS MIT WELTCUP.